

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Erster Teil	
Das außergerichtliche Konfliktschlichtungsinstrumentarium im Verwaltungsrecht - Bestandsaufnahme der rechtsdogmatischen Problemschwerpunkte und Reform Überlegungen	
§ 1: Streitvermeidung und Streitbeilegung bei einseitig-hoheit- lichem Verwaltungshandeln	29
I. Konfliktschlichtung durch Betroffenenpartizipation vor Erlass eines Verwaltungsaktes	29
1. Streitvermeidung und Streitbeilegung im nicht-förmlichen Verwal- tungsverfahren	30
a) Anhörungsrechte des vom Erlass eines Verwaltungsaktes betroffenen Bürgers	30
b) Begründung des Verwaltungsaktes	39
2. Konfliktschlichtung im förmlichen Verwaltungsverfahren und im Planfeststellungsverfahren	43
II. Betroffenenpartizipation im Rahmen der administrativen Normsetzung	52
1. Öffentlichkeitsbeteiligung im Recht der Bauleitplanung	54
2. »Anhörung der beteiligten Kreise« beim Erlass umweltrechtlicher Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften	59

§ 2: Interessenausgleich zwischen Verwaltung und Bürger durch spezielle Formen konsensualen Verwaltungshandelns ..	63
I. Der Verwaltungsvertrag als klassisches Instrument des verwaltungs- rechtlichen Interessenausgleichs	64
1. Konfliktschlichtung durch Vertragsschluss	64
2. Anwendungsfelder des Verwaltungsvertrages und spezielle Vertrags- formen als Grundlage eines neuen Verwaltungskooperationsrechts .	69
a) Zur Bedeutung der Vertragsform in einzelnen verwaltungs- rechtlichen Referenzgebieten	69
b) »Public private partnerships« und Vertragsrecht	75
3. Flexibilitätshemmende Anforderungen des VerwaltungsVertrags- rechts	80
a) Das Kopplungsverbot	81
b) Die Zustimmung Dritter	84
II Streitbeilegung durch Absprachen zwischen Verwaltung und Privaten .	88
1. Erscheinungsformen und Funktionen informaler Absprachen	88
2. Anknüpfungspunkte für eine verfahrensrechtliche Erfassung informaler Absprachen	91
a) Auf informale Absprachen bezogene Regelungen des Verwal- tungsverfahrenrechts	91
b) Zur Anwendbarkeit des Kartellrechts auf normvermeidende Absprachen	95
c) Reformalisierung des Informalen?	102
§ 3: Streitvermeidung und Streitbeilegung durch Beteiligung privater Dritter an der Entscheidungsvorbereitung	106
I. Private Konfliktmittlung (Mediation) im Verwaltungsrecht	108
1. Anwendungsfelder für Mediationsverfahren im Verwaltungsrecht .	108
2. Der Ablauf eines Mediationsverfahrens	111
II Gesetzliche Grundlagen der Initiierung von Mediationsverfahren	116
Zwischenergebnis	119

Zweiter Teil

Verfassungsrechtliche Determinanten der verwaltungsrechtlichen Streitvermeidung und Streitbeilegung

§ 4: Die Suche nach einer einvernehmlichen Konfliktlösung im Verwaltungsrecht - ein Verfassungsgebot?	124
I. Demokratische Legitimation durch Akzeptanzförderung	124
II. Verwaltungsrechtliche Konfliktschlichtung als Beitrag zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns.	132
III. Das Übermaßverbot als verfassungsrechtliche Grundlage verwaltungsrechtlicher Streitschlichtung.	135
§ 5: Die Vorgaben des Rechtsstaatsprinzips für die außer- gerichtliche Streitbeilegung zwischen Verwaltung und Bürger	144
L Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	144
1. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes bei konsensualem Verwal- tungshandeln.	145
a) Gesetzesbindung im kooperativen Gesetzesvollzug.	145
aa) Gesetzesvollzug durch Verträge und Absprachen	145
bb) Streitschlichtung im Wege des Vergleichs - eine Ausnahme vom Grundsatz der Gesetzesbindung ?	151
cc) Vertragsformverbote und inhaltliche Grenzen der Vertrags- beziehungen zwischen Verwaltung und Bürgern.	154
b) Zur Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes bei konsensualem Verwaltungshandeln.	160
aa) Vertragsrecht	162
bb) Normvermeidende und sonstige informale Absprachen	164
2. Gesetzliche Grundlagen und Gesetzesbindung der Entscheidungs- vorbereitung durch private Mediatoren.	168
a) Zur Notwendigkeit einer gesetzlichen Ausgestaltung der privaten Entscheidungsvorbereitung	168
aa) Beleihung und Verwaltungshilfe im Anwendungsbereich des Vorbehalts des Gesetzes.	169
bb) Organisationsrechtliche Einordnung des Konfliktmittlers	180
b) Die Beachtung der gesetzlichen Vorgaben beim Einsatz privater Konfliktmittler.	188
3. Verfahrensrechtliche Fehlerfolgeregelungen im Konflikt mit dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.	189

a) Heilung und Unbeachtlichkeit von Verfahrensfehlern	189
b) Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit von Verwaltungsverträgen	194
II. Der Grundsatz der Gewaltenteilung - Beeinträchtigungen des verfassungsrechtlichen Kontrollgefüges durch norm vermeidende Absprachen	197
III. Weitere verfassungsrechtliche Ausprägungen des Rechtsstaatsgedankens	202
§ 6: Streitbeilegung und staatliche Letztverantwortung - Die Beteiligung Privater an administrativen Entscheidungs- prozessen als Problem der demokratischen Legitimation	217
L Verträge und Absprachen zwischen der Verwaltung und Privaten im Lichte des Demokratieprinzips	218
1. Die Wahrung der staatlichen Letztverantwortung bei konsen- sualem Verwaltungshandeln	218
2. Verfassungspflicht zur Publikation normvermeidender Absprachen?	223
II. Die demokratische Legitimation der durch private Konfliktmittler vorbereiteten Verwaltungsentscheidung	225
§ 7: Der Einfluss der Grundrechte auf den Einsatz von Streit- vermeidungs- und Streitbeilegungsinstrumenten im Verwaltungsrecht	232
I. Grundrechtsschutz durch Verfahrensbeteiligung	232
1. Rechtliches Gehör im Verwaltungsverfahren	237
a) Zur verfassungsrechtlichen Fundierung des Anhörungsrechts	237
b) Verwaltungsverfahrensrechtlicher Grundrechtsschutz und die Folgen von Anhörungsfehlern	244
aa) Heilung von Anhörungsfehlern	244
bb) Erheblichkeit von Anhörungsfehlern	250
cc) Rechtsschutz gegenüber einer fehlerhaften Anhörung	254
c) Grundrechtsgebotene Anhörungspflichten im Normsetzungs- verfahren	260
2. Weitere grundrechtsgebotene Formen der Verfahrensbeteiligung	265
II. Der Grundrechtsschutz Drittbetroffener als Grundlage der Konflikt- schlichtung in mehrpoligen Verfahrenskonstellationen	267
1. Die Hinzuziehung Drittbetroffener nach § 13 Abs. 2 VwVfG	267
2. Der Zustimmungsvorbehalt des § 58 Abs. 1 VwVfG	270

3. Die Beteiligung Drittbetroffener an informalen Absprachen	273
III. Gleichheitsrechtliche Grenzen der Ermessensausübung in Bezug auf die Handlungsformenwahl, die Verfahrensgestaltung und die Ausfüllung inhaltlicher Streitbeilegungsspielräume	277
1. Der Grundsatz der prozeduralen Waffengleichheit	281
2. Selbstbindung der Verwaltung	285
IV. Grundrechtsschutz bei privater Entscheidungsvorbereitung	288
§ 8: Außergerichtliche verwaltungsrechtliche Streitvermeidung und Streitbeilegung im Lichte der Rechtsschutzgarantie	293
I. Ausstrahlungswirkungen der Rechtsschutzgarantie auf das Verwaltungsverfahren	293
1. Verwaltungsrechtliche Begründungspflichten als »vorwirkende Annexgarantie« zum Gerichtsschutz des Art. 19 Abs, 4 GG	298
2. Zur Vereinbarkeit der materiellen Präklusion mit Art. 19 Abs. 4 GG	306
II. Der Einfluss der Rechtsschutzgarantie auf die Wahl der Handlungsform	315
§ 9: Schlussfolgerungen: Der verfassungsrechtliche Rahmen einer gesetzlichen Neugestaltung der verwaltungsrechtlichen Streitvermeidungs- und Streitbeilegungsverfahren	322
I. Einseitige Verwaltungsentscheidungen	323
II. Konsensuale Handlungsformen	325
III. Beteiligung Dritter an der Entscheidungs Vorbereitung	330
Literaturverzeichnis	333
Stichwortverzeichnis	417

PPN: 258298154

Titel: Streitvermeidung und Streitbeilegung im Verwaltungsrecht : verfassungsrechtlicher Rahmen und verfahrensrechtliche Ausgestaltung der außergerichtlichen Konfliktschlichtung im Verhältnis zwischen Verwaltung und Privaten / Markus Kaltenborn. - Baden-Baden : Nomos, 2007

ISBN: 3-8329-1632-6; 978-3-8329-1632-9

Bibliographischer Datensatz im SWB-Verbund